

## **Fortschrittsbericht über die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin sowie die weitere Zusammenlegung von Behörden und Sonderbehörden**

---

### **I. Einführung**

Dieser Bericht wurde - ebenso wie die vorhergehenden Berichte aus den Jahren 2006-2008 - aufgrund der Bitte aus der gemeinsamen Sitzung des Abgeordnetenhaus-Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien und die Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg sowie des Hauptausschusses des Landtags Brandenburg vom 23. November 2005 gemeinsam durch beide Landesregierungen verfasst und wird den beiden Parlamenten zur Besprechung vorgelegt. Er bezieht sich weitestgehend auf den Zeitraum von November 2008 bis Oktober 2009 und schreibt die Berichte der Vorjahre fort. Dabei werden in diesem Bericht Schwerpunkte in den Themenbereichen Wirtschaft sowie Bildung, Wissenschaft und Forschung gesetzt.

Die gute Zusammenarbeit beider Länder und beider Landesregierungen, die sich am 20. Januar 2009 zu ihrer - seit 1996 - 10. gemeinsamen Sitzung trafen, ist im Berichtszeitraum kontinuierlich fortgesetzt und verstärkt worden. Besonders hervorzuheben sind die Bemühungen, die positive Entwicklung der Hauptstadtregion durch eine gemeinsame, Wirtschaft und Wissenschaft wirksamer verzahnende Innovationsstrategie zu unterstützen. Im Zentrum der gemeinsamen Projekte stand daneben unverändert der Bau des neuen Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI), der ab November 2011 als eine neue „Visitenkarte“ der Region wirken wird.

Eine neue gemeinsame Einrichtung wurde zum Beginn des Jahres 2009 mit dem Landeslabor Berlin-Brandenburg geschaffen.

Das 2006 von den beiden Landesregierungen beschlossene „Leitbild Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ ist weiterhin eine wesentliche Orientierung für eine sich ergänzende Entwicklung der unterschiedlichen Teile der Hauptstadtregion. Hieran mitzuwirken ist nicht nur eine Aufgabe der politischen Gremien und öffentlichen Einrichtungen, sondern auch der Bürgerinnen und Bürger in Berlin und Brandenburg.

Auch wenn eine Zusammenführung der beiden Länder aktuell nicht auf der Tagesordnung steht, werden sie doch zunehmend als gemeinsame Region wahrgenommen. Das Interesse an der Entwicklung dieser Region zeigt sich nicht zuletzt auch an einer überdurchschnittlichen Nutzung des gemeinsamen Internetauftritts (<http://www.berlin-brandenburg.de/>).

## **II. Wirtschaft**

### **1. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung**

Die wirtschaftliche Entwicklung der Hauptstadtregion war im Berichtszeitraum durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise gekennzeichnet, die auch in Berlin und Brandenburg nicht ohne Folgen geblieben ist. Für das Jahr 2008 ergab sich für die Region Berlin-Brandenburg ein Wirtschaftswachstum von 1,4 % (Berlin 1,6 %, Brandenburg 1,0 %), wobei die Jahresdurchschnittswerte den abrupten wirtschaftlichen Abschwung in der zweiten Jahreshälfte jedoch nicht abbilden können.

Für das Jahr 2009 ist mit einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Die Krise wirkt sich in den einzelnen Branchen unterschiedlich aus. Insgesamt zeichnet sich jedoch ab, dass die Hauptstadtregion zum einen aufgrund ihrer betrieblichen (kleinteiligen und weniger exportabhängigen) Strukturen und zum anderen aufgrund der Umstrukturierungsprozesse in den vergangenen Jahren weniger stark betroffen sein sollte als die Bundesrepublik insgesamt.

Allerdings ist zu befürchten, dass selbst im Falle einer Trendwende zurück auf einen wirtschaftlichen Wachstumskurs die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt erst im Jahr 2010 vollständig spürbar werden und darüber hinaus nachwirken. Im Jahr 2008 ging die Zahl der Arbeitslosen in der Hauptstadtregion um 51.500 zurück. Im Jahresdurchschnitt 2008 lag die Arbeitslosenquote in Berlin-Brandenburg bei 13,5 %, in Brandenburg bei 13,0% und in Berlin bei 13,9%.

Ein überdurchschnittliches Wachstum konnte die Region 2008 hinsichtlich der Steigerung der Erwerbstätigenzahl um 47.900 (+1,8 %) erreichen (Deutschland +1,4 %). Diese Entwicklung war insbesondere auf den starken Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen in Berlin um 34.100 (+2,1%) zurückzuführen. In Brandenburg nahm die Erwerbstätigkeit um 13.800 (+1,3 %) zu.

Das Gründungsgeschehen leistete 2008 - wenn auch nicht mehr so ausgeprägt wie in den Vorjahren - einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen. In der Region Berlin-Brandenburg kamen ca. 10.100 Unternehmen hinzu, davon 8.800 in Berlin. Insgesamt standen 55.900 Neuerrichtungen 45.800 Stilllegungen gegenüber.

Ein näherer Blick auf den Beschäftigungsaufbau zeigt Tendenzen der arbeitsteiligen Ausdifferenzierung der Wirtschaftsstruktur in der Region. Brandenburg verzeichnete einen deutlichen Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe (+3,5 %). In Berlin vollzog sich der Beschäftigungsaufbau im Jahr 2008 vorrangig in Dienstleistungsunternehmen (+2,3 %).

Das Zusammenwachsen der Hauptstadtregion kommt insbesondere durch die Entwicklung der Pendlerverflechtungen zum Ausdruck. Ende Juni 2008 arbeiteten rund 174.500 Personen mit Brandenburger Wohnort, überwiegend in Berlin-nahen Städten und Gemeinden, in Berlin. Umgekehrt arbeiteten rund 67.400 Personen mit Wohnsitz in Berlin im Land Brandenburg (wichtigste Arbeitsorte: Potsdam, Schönefeld, Hennigsdorf). Etwa ein Achtel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin-Brandenburg pendelt also regelmäßig über die Ländergrenze, um im jeweils anderen Bundesland zu arbeiten. Zwischen Juni 2007 und Juni 2008 ist die Zahl der Pendlerinnen und Pendler von Brandenburg nach Berlin um etwa 4.100 Personen stärker gestiegen als in der Gegenrichtung. Für die Zukunft ist mit einer weiteren Zunahme der Pendlerverflechtungen zwischen Berlin und Brandenburg zu rechnen.

## **2. Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftsförderung**

### **2.1 Zusammenarbeit im Bereich der Innovationspolitik**

Nachdem im Dezember 2007 in einem Innovations-Spitzengespräch die Entwicklung einer gemeinsamen Innovationsstrategie für die Hauptstadtregion vereinbart worden war, wurde diese auf dem 1. Innovationsgipfel im November 2008 und dem 2. Innovationsgipfel am 9. September 2009 weiter abgestimmt und verbindlicher gestaltet. Neue Trends und Entwicklungen wurden thematisiert.

Beide Länder konzentrieren sich in der Innovationspolitik auf den Ausbau vorhandener Stärken. Fünf länderübergreifende Zukunftsfelder bilden den Kern der gemeinsamen Innovationsstrategie:

- Biotechnologie/Medizintechnik/Pharma
- Energietechnik
- Informations- und Kommunikationstechnologien/Medien
- Optik
- Verkehrssystemtechnik.

Für jedes dieser Zukunftsfelder wurde schon zum Innovationsgipfel 2008 eine mehrjährige Strategie erarbeitet. Die Zukunftsfeldstrategien enthalten Aussagen zur derzeitigen Situation, definieren markt- und technologiebezogene Handlungsfelder und strategische Ziele. Weiterhin werden Querschnittsthemen wie Technologietransfer, Fachkräftesicherung und Innovationsfinanzierung behandelt. Die operative Arbeit zur Umsetzung wurde der TSB Technologiestiftung Berlin Gruppe und der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH übertragen.

Schwerpunkt des Innovationsgipfels 2009 war das Querschnittsthema Technologietransfer. Das übergeordnete Ziel besteht darin, durch die konsequente und länderübergreifende Stärkung und Zusammenführung von Wissenschaft und Wirtschaft die vorhandenen Potenziale für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Hauptstadtregion voll zu nutzen.

Die Wissenschafts- und Wirtschaftsressorts beider Länder schlossen dazu eine Vereinbarung zur Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers in der Hauptstadtregion. Mit der Umsetzung von fünf Maßnahmen zur Erleichterung der Kooperation von Forschungseinrichtungen und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) wurde inzwischen begonnen. Insbesondere der länderübergreifende Wissens- und Technologietransfer aus der Wissenschaft in die kleinen und mittleren Unternehmen wird zukünftig mit dem Innovationsgutschein/Transferbonus für Unternehmen schnell und unbürokratisch gefördert. In Berlin kann der Transferbonus seit dem 1. Oktober 2009 genutzt werden; Brandenburg will mit den Innovationsgutscheinen zum nächstmöglichen Zeitpunkt starten.

Mit dem Berliner Transferbonus können in einer Pilotphase kleine Kooperationsprojekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft finanziell unterstützt werden. In einer "Einstiegsvariante" können Projekte mit einem Projektvolumen bis 1.500 € zu 100 % finanziert werden. Förderfähig sind wissenschaftliche Tätigkeiten im Vorfeld der Entwicklung eines innovativen Produkts, und zwar in Firmen, die noch keinen Kontakt mit Forschungseinrichtungen hatten. In einer "Standardvariante" werden Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten gefördert, die darauf ausgerichtet sind, innovative Produkte, Dienstleistungen und Produktionsverfahren bis zur Markt- bzw. Fertigungsreife auszugestalten. Bei einem Projektvolumen bis 10.000 € beträgt der maximale Fördersatz 70 %.

Zudem wird die bewährte Methode des Projekts TOP 50, das im Bereich Biotechnologie/Medizintechnik/Pharma aussichtsreiche Transferprojekte aus der Wissenschaft in die Wirtschaft beschleunigt, auf alle gemeinsamen Zukunftsfelder übertragen. Ziel ist es, in den nächsten vier Jahren in den fünf gemeinsamen Zukunftsfeldern 100 aussichtsreiche wissenschaftliche Projekte zu identifizieren und in die Wirtschaft zu transferieren.

Weitere Maßnahmen zur Forcierung des Technologietransfers in der Hauptstadtregion sind ein gemeinsamer Technologietransfer-Preis, die länderübergreifende bedarfsgerechte Aufarbeitung von Informationen über transferrelevante Projekte und die Etablierung eines Lenkungskreises der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der Wissenschafts- und Wirtschaftsressorts beider Länder.

Darüber hinaus wurde im Bereich der Innovationsfinanzierung auf dem Innovationsgipfel eine Vereinbarung der beiden Wirtschaftsverwaltungen und der Förderbanken von Berlin und Brandenburg zur Förderung länderübergreifender Verbundprojekte aus Forschung und Wirtschaft sowie des Managements der Zukunftsfelder unterschrieben. Danach werden derartige Projekte zukünftig in synchronisierten und harmonisierten Verfahren betreut. In einem gemeinsamen Abstimmungsprozess werden Punkte wie die Federführung und die Benennung der Ansprechpartner, aber auch zeitliche Abläufe vereinbart.

Als Themen für den Innovationsgipfel 2010 wurden vereinbart:

- die Umsetzung und Weiterentwicklung der gemeinsamen Förderung länderübergreifender Verbundvorhaben
- die Umsetzung und Weiterentwicklung des Maßnahmeplans zum Technologietransfer
- Internationalisierung/Europäisierung
- Innovationsmarketing.

Eine verstärkte wissenschafts- und innovationspolitische Zusammenarbeit wird auch hinsichtlich der gemeinsamen Aktivitäten innerhalb der Oder-Partnerschaft angestrebt. Für 2010 ist unter Federführung der TU Berlin und der TU Stettin eine Innovationsinitiative geplant, die in ein politisches Spitzentreffen in Stettin münden soll.

## **2.2 Energie und Mobilität**

Die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung für die Region und ein sparsamer und effizienter Einsatz von Energie werden zukünftig noch stärker gemeinsam von beiden Landesregierungen thematisiert werden.

Brandenburg hat die Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg erarbeitet, Berlin erstellt gegenwärtig das Energiekonzept 2020 für Berlin. Grundgedanke ist, dass eine moderne Energiepolitik Umwelt- und Klimaschutz, Wachstum, Beschäftigung und Energiesicherheit in einem sinnvollen Gesamtkonzept miteinander verbinden muss. Die Energieversorgung muss auch in Zukunft stabil und für alle Bevölkerungskreise bezahlbar sein, ohne dabei das Klima oder die Umwelt zu zerstören. In sämtlichen Bereichen wie Verkehr, Industrie und Gewerbe, bei privaten Haushalten oder öffentlichen Einrichtungen werden innovative und effiziente Lösungen für die Energieversorgung von morgen benötigt. Auch wenn auf Grund der unterschiedlichen Gegebenheiten in einem Flächenland und einem Stadtstaat kein gemeinsames Energiekonzept erstellt wurde, besteht zwischen beiden Ländern jedoch Einigkeit über die erwähnten Ziele und insbesondere darüber, dass Ausbau und Nutzung von erneuerbaren Energien eine tragende Säule der künftigen Energieversorgung ist. Berlin und Brandenburg unterrichten sich über Fortgang und Umsetzung der Konzepte, um so Ansätze für eine noch engere Zusammenarbeit zu identifizieren.

Ein wichtiges Thema ist in diesem Kontext die Entwicklung umweltschonender Transportlösungen. Im Juni 2009 wurde die "Modellregion Elektromobilität Berlin-Potsdam" - neben sieben weiteren Regionen - vom Bundesverkehrsministerium für eine grundsätzliche Förderung über zwei Jahre ausgewählt. Ziel dieses nunmehr dritten Leitprojektes im Rahmen des Zukunftsfeldes "Verkehrssystemtechnik" ist es, die Potenziale der Elektromobilität in einer großstädtisch geprägten Region zu überprüfen. Dabei spielen neben verkehrs- und umweltorientierten auch energiebezogene Aspekte eine wichtige Rolle.

Das erste große Teilprojekt, das unter der Leitung der DB Rent GmbH erfolgt, umfasst den Einsatz von E-Pkw und E-Zweirädern in den Städten Berlin und Potsdam. Zwei weitere Teilprojekte sind in der Vorbereitung.

Hinzu kommt das auf dem Berlin-Brandenburger Innovationsgipfel am 9. September 2009 als Leitprojekt der Hauptstadtregion verabschiedete Vorhaben e-sol-car, das insbesondere die Nutzung von Strom aus Sonnenenergie zur Elektromobilität unter besonderer Berücksichtigung der Speicherproblematik zum Inhalt hat.

### **2.3 Wirtschaftliche Vernetzung in weiteren Bereichen**

Verschiedene Aktivitäten zur Intensivierung der Zusammenarbeit von Netzwerken beider Länder in eher klassischen Branchen gehen auf eine Empfehlung des 2007 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung vorgelegten Gutachtens zur wirtschaftlichen Vernetzung von Berlin und Brandenburg zurück. Dies betrifft in erster Linie die Branchen Ernährung sowie Metall/Elektro. Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Schaffung neuer Netzwerke, sondern vielmehr deren Optimierung und Verzahnung.

### **2.4 Zusammenarbeit der Wirtschaftsfördergesellschaften**

Auf der Grundlage der seit 2005 fortgeschriebenen Kooperationsvereinbarung wurde die Zusammenarbeit zwischen der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB) und der Berlin Partner GmbH (BP) fortgesetzt. Trotz sich im Jahresverlauf deutlich verschlechternder gesamtwirtschaftlicher Bedingungen konnten beide Wirtschaftsfördergesellschaften im Jahr 2008 noch gute Ansiedlungsergebnisse erzielen. An einer Reihe von erfolgreich umgesetzten Ansiedlungs- und Expansionsprojekten, vor allem in den Bereichen IKT/Medien, Life Sciences, Automotive und Call Center haben BP und ZAB gemeinsam gearbeitet.

Insgesamt hat die ZAB im Jahr 2008 125 Ansiedlungsprojekte, 201 Innovationsvorhaben und 42 technologieorientierte Existenzgründungen betreut. Damit sind Zusagen über 3.301 Arbeitsplätze verbunden. Berlin Partner betreute 128 Unternehmensprojekte, in denen die Unternehmen insgesamt 5.909 neue Arbeitsplätze schaffen werden.

Grundlage für die Vermarktung der Hauptstadtregion ist seit 2006 die gemeinsame Dachmarke „The German Capital Region“, die für das gemeinsame Standortmarketing, z.B. auf Branchenbroschüren zur Investorenwerbung, auf Messeständen sowie im Internet, eingesetzt wird.

Neu zu diskutieren ist die Zukunft des gemeinsamen Standortmarketings beider Wirtschaftsfördergesellschaften, nachdem das Land Brandenburg seit dem 1. Juli 2009 nicht mehr Partner des Business Location Centers (BLC) ist. Das Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg entwickelt gegenwärtig mit dem Landeswirtschaftspräsentationstool ein eigenständiges, georeferenziertes Marketinginstrument, um den spezifischen Anforderungen bei der Vermarktung des Flächenlandes Brandenburg besser gerecht werden zu können.

Wie dieses System neben dem Berliner BLC mit seinem 3D-Stadtmodell, dem Wirtschafts atlas und dem Immobilienportal genutzt werden kann, um die Hauptstadtregion auch zukünftig gemeinsam im Internet zu vermarkten, wird weiter zu diskutieren sein, wenn

die gegenwärtig laufenden konzeptionellen und technischen Arbeiten auf Brandenburger Seite abgeschlossen sind.

Das Umfeld des zukünftigen Flughafens Berlin Brandenburg International vermarkten die beiden Wirtschaftsfördergesellschaften im Auftrag der Länder Berlin und Brandenburg gemeinsam. Hierfür ist das Airport Region Team mit Sitz am Flughafen Schönefeld gegründet worden (siehe Kapitel III.2)

## **2.5 Gemeinsame Außenwirtschaftsaktivitäten**

Die Zusammenarbeit beider Länder im Bereich der Außenwirtschaft wurde seit dem Jahr 2005 kontinuierlich intensiviert.

Der Arbeitskreis Außenwirtschaft, in dem die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, Berlin Partner, die Zukunftsagentur Brandenburg und die beiden Wirtschaftsressorts mitwirken, informierte sich am 15./16. September 2008 in Brüssel über aktuelle EU-Politiken, insbesondere über die EU-Förderung für KMU in Drittstaaten.

Im Rahmen der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dem Büro des Landes Berlin bei der EU und der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU, den zuständigen Fachverwaltungen und OpTecBB e.V. wurde auch die Serie gemeinsamer Dialogforen beider Länder in Brüssel am 13. Mai 2009 mit dem thematischen Schwerpunkt „Optische Technologien Berlin-Brandenburg“ erfolgreich fortgeführt. Ziel des Dialogforums war es, die Hauptstadtregion als Partner für die Umsetzung des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU darzustellen und mit der Kommission Fördermöglichkeiten innerhalb des 7. Forschungsrahmenprogramms und die Ausgestaltung des 2014 beginnenden 8. Forschungsrahmenprogramms zu erörtern.

Die nächste gemeinsame Außenwirtschaftskonferenz der Länder Berlin und Brandenburg wird am 3. Dezember 2009 mit dem Schwerpunkt Naher und Mittlerer Osten (insbesondere Vereinigte Arabische Emirate) stattfinden. Thematisch sollen das Zollrecht und die Exportkontrolle im Mittelpunkt stehen. Zudem sind spezielle Angebote/Workshops für „Newcomer“ geplant, die erstmals diese Märkte erschließen möchten. Um die Wirksamkeit der Außenwirtschaftskonferenzen zu erhöhen, wird eine engere Verknüpfung der Konferenzen mit Delegationsreisen in die jeweiligen Regionen angestrebt. So gibt es etwa nach der diesjährigen Konferenz die Möglichkeit, an einem Berlin-Brandenburger Gemeinschaftsstand auf der Arab Health vom 25. bis 28. Januar 2010 in Dubai teilzunehmen.

## **3. Medien**

Die Medien als Teil der Kreativwirtschaft stellen für Berlin und Brandenburg weiterhin ein Politik- und Wirtschaftsfeld von herausgehobener Bedeutung dar. Dies gilt nicht nur für die jeweils landesbezogenen, sondern insbesondere auch für die gemeinsamen Aktivitäten beider Länder. Die länderübergreifenden Institutionen Rundfunk Berlin-Brandenburg, Medienanstalt Berlin-Brandenburg und Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH belegen den hohen Grad der Länderkooperation und bieten zugleich den Rahmen, diese nachhaltig fortzuführen.

Im Juni 2009 ist der Vierte Änderungsstaatsvertrag zum Staatsvertrag über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks in Kraft getreten. Damit wurde u.a. die Grundlage geschaffen, dass die Medienanstalt Berlin-Brandenburg den neuen Herausforderungen der Medien- und Informationsgesellschaft gerecht werden kann.

Die Medienanstalt hat die Neuausrichtung des Offenen Kanals Berlin fortgeführt. Nach einem Relaunch 2009 bietet ALEX nunmehr ein attraktives Angebot, das über eine

Programmplattform hinaus den Erwerb von Medienkompetenz und die Medienausbildung in Fernsehen, Hörfunk und Internet fördert.

Ein weiteres wichtiges Projekt der Medienanstalt ist das geplante Medienkompetenzzentrum in Babelsberg, für das im November 2009 der Grundstein gelegt wird. Schwerpunkt der Aktivitäten ist die Kreativitätsförderung durch die Unterstützung von interdisziplinären Projekten, die experimentelle Entwicklung und Erprobung von neuen Inhalten und die Vernetzung verschiedener Ausbildungsinstitutionen wie XE.NON. Außerdem betreibt die Medienanstalt ein Pilotprojekt zum Breitbandinternet für ländliche Regionen in Brandenburg.

Die Erhöhung der Zuschüsse von Berlin und Brandenburg an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH um je 500.000 Euro im Jahr 2009 ermöglichte es der Medienboard, das Pilotprojekt zur Förderung innovativer audiovisueller Inhalte, insbesondere von Games und anderen interaktiven Anwendungen, fortzuführen und ein weiteres Pilotprojekt „Innovative Marketingmaßnahmen für Filmtheater in Berlin und Brandenburg“ aufzulegen. Beide Pilotprojekte werden ab 2010 voraussichtlich als Regelförderungen in den Förderkatalog der Medienboard aufgenommen.

Die Initiative der Länder Berlin und Brandenburg zur gerechteren Verteilung der Rundfunkgebühren innerhalb der ARD zugunsten des RBB, der unter überdurchschnittlichen Gebührenbefreiungen und -ausfällen leidet, wurde fortgesetzt. Als Zwischenergebnis sagte die ARD dem RBB bereits eine Liquiditätshilfe in der laufenden Gebührenperiode zu.

### **III. Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI)**

#### **1. Bau**

Die Bauarbeiten für den Flughafen BBI, das größte Infrastrukturprojekt in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, liegen weiterhin im Zeit- und Kostenrahmen. Der Rohbau des unterirdischen BBI-Bahnhofs wurde im Juni 2009 termingerecht fertig gestellt und an die Deutsche Bahn AG zum Ausbau übergeben. Dieser Abschnitt bildet das Fundament für das neue BBI-Terminal, dessen sechsstöckiger Rohbau derzeit entsteht. Immer deutlichere Konturen nehmen die zukünftigen Start- und Landebahnen sowie die dazugehörigen Rollfelder und Vorfeldflächen an.

Seit Juni 2009 steht auch die Gesamtfinanzierung des Projektes. Die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS) hat mit acht Banken Kreditverträge über insgesamt 2,4 Mrd. Euro geschlossen. Neben der Europäischen Investitionsbank als größtem Geldgeber sind auch die Investitionsbanken der Länder Berlin und Brandenburg mit jeweils 310 Mio. Euro beteiligt. Die Gesamtkreditsumme ist durch eine 100%ige Bürgschaft der FBS-Gesellschafter Berlin, Brandenburg und Bundesrepublik abgesichert.

Bis Ende Mai 2009 hat die FBS ca. 330 Aufträge mit einem Gesamtvolumen von rd. 1,5 Mrd. Euro vergeben. Davon gingen ungefähr 260 Aufträge mit einem Volumen von 1 Mrd. Euro an Unternehmen in Berlin und Brandenburg. Hinzu kommen rund 900 Nachunternehmer (davon ebenfalls rund zwei Drittel aus der Hauptstadtregion), die ebenfalls am Bau des BBI mitwirken.

Mit der Schließung des Flughafens Tempelhof zum 31. Oktober 2008 ist ein wichtiger Schritt zur Konzentration des Flugverkehrs am Standort Schönefeld vollzogen. Für die General Aviation (GA) in Schönefeld wurde unter anderem ein zweistöckiges Bürogebäude mit einer Nutzfläche von 1.000 m<sup>2</sup> errichtet, das bestehende GA-Terminal (GAT) erweitert und modernisiert sowie ein neuer Hangar mit einer Nutzfläche von 2.800 m<sup>2</sup> gebaut.

## **2. BBI und Berliner Flughäfen als Wirtschaftsstandort**

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen sowie das Ministerium für Wirtschaft haben mit dem Ziel, die Flughafenregion Berlin-Brandenburg konzentriert zu vermarkten und die Wachstumsimpulse, die aus dem Neubau des Flughafens BBI entstehen, für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu nutzen, das Projekt „Aufbau zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen im Umfeld des BBI“ initiiert.

Im Rahmen dieses Projektes sind die Wirtschaftsfördergesellschaften mit der Entwicklung einer gemeinsamen Ansiedlungs- und Standortmarketingstrategie betraut worden. Ein gemeinsames, in Schönefeld ansässiges Team aus Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Berlin Partner GmbH und der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH, das sogenannte Airport Region Team, setzt diese Strategie um. Dabei wurde im Berichtszeitraum eine Fokussierung auf das internationale Standortmarketing für das Flughafenumfeld vorgenommen.

Die Berliner Flughäfen sind einer der größten Arbeitgeber der Region. Derzeit hängen bereits rund 17.800 Arbeitsplätze direkt vom Luftverkehr in Berlin-Tegel und Schönefeld ab. Gegenüber der vorangegangenen Erhebung der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH aus dem Jahr 2006 bedeutet dies einen Anstieg um rd. 14,6 %. Während der BBI-Bauphase sind zusätzlich durchschnittlich 7.200 Personen beschäftigt. Der Gesamtbeschäftigungseffekt der Berliner Flughäfen liegt bereits heute bei rund 40.000 Arbeitsplätzen.

## **3. Umfeldentwicklung BBI und Dialogforum**

Die Zusammenarbeit der zuständigen Ressorts beider Länder, der zum Umfeld des Flughafens gehörenden Gemeinden und Landkreise, der betroffenen Berliner Bezirke sowie weiterer Stellen wurde erfolgreich fortgesetzt. Nach Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zur Weiterführung des Dialogprozesses in regionaler Verantwortung (u.a. Festlegungen zur Zusammensetzung des Dialogforums, des Arbeitsausschusses sowie der Arbeitsgruppen und Einrichtung einer Geschäftsstelle) ist das Dialogforum Airport Berlin-Brandenburg am 7. Juli 2009 in regionale Verantwortung übergegangen. Dieses Gremium bietet insbesondere dem Flughafen und seinen Anrainergemeinden eine Plattform für eine gemeinsame, möglichst ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Flughafenumfeldes. Ziel des Dialogforums ist es, die Gemeinsamkeiten zu stärken und strittige Themen offen anzusprechen sowie gemeinsam nach einvernehmlichen und konstruktiven Lösungen zu suchen. Der Vorsitz wurde einem neutralen Moderator übertragen. Die Geschäftsstelle des Dialogforums ist bei der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH angesiedelt.

## **4. Verkehrsanbindung BBI**

Aufgrund der sich verzögernden Fertigstellung der Dresdner Bahn zwischen Berlin Südkreuz und Blankenfelde kann der geplante Flughafen-Express zwischen Berlin Hauptbahnhof und dem Flughafen BBI zum avisierten Fertigstellungstermin des Flughafens BBI im November 2011 noch nicht auf dieser Strecke verkehren. Auch die Ostanbindung des Flughafens wird aufgrund aktueller Verzögerungen im laufenden Planfeststellungsverfahren nicht fristgerecht zur Verfügung stehen. Im S-Bahn-Verkehr zwischen dem Flughafen BBI und der Innenstadt Berlins gibt es aufgrund der Sperrungen der Südkurve im Rahmen der begonnenen Grundsanierung am Berliner Ostkreuz (August 2009 bis 2014) Behinderungen. In dieser Zeit verkehrt die S-Bahn jeweils im 20 Minuten-Takt zwischen Südkreuz und BBI-Terminal sowie zwischen Blankenburg und BBI-Terminal. Bis zur Inbetriebnahme der Dresdner Bahn wird ein Vorlaufangebot zum Flughafen-Express mit mindestens zwei Zugpaaren/Stunde über die Anhalter Bahn geführt. Soweit es fahrplantechnisch machbar ist, wird der Takt auf drei Zugpaare/Stunde verdichtet. Außerdem werden nach Fertigstellung der Ostanbindung die bereits heute verkehrenden zwei Zugpaare/Stunde von der Stadtbahn zum BBI-Terminal verkehren. Die Ausschreibung der Regionalverkehre ist in diesem Sinne erfolgt.



Die Länder Berlin und Brandenburg haben sich darauf verständigt, dass die Verkehrsanbindung des Flughafens BBI um eine lückenlose und intermodale "Tür-zu-Tür"-Verkehrsinformation zum und vom Flughafen BBI zu ergänzen ist. Dazu müssen die vorhandenen Informationssysteme des Flughafens, der Verkehrsmanagementzentralen, des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg und der Leitstellen des ÖPNV in der Region miteinander vernetzt werden.

## **5. Zusammenarbeit bei der Festsetzung der Lärmschutzbereiche**

Mit der Novellierung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm zum 7. Juni 2007 sind für die Festsetzung von Lärmschutzbereichen an Flugplätzen erstmals die Bundesländer zuständig geworden. Gemäß § 4 Abs. 4 des Gesetzes sind für den Flughafen Berlin-Schönefeld Lärmschutzbereiche festzusetzen und in Abhängigkeit von Änderungen in Anlage und Betrieb des Flughafens sowie jeweils spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen und ggf. neu festzusetzen. Die Lärmschutzbereiche am Flughafen Berlin-Schönefeld werden sowohl Brandenburger als auch Berliner Gebiet umfassen. Eine gemeinsame Durchführung der im Jahr 2009 aufgenommenen Arbeiten wurde daher vereinbart. Hierzu werden regelmäßige Abstimmungsrunden zwischen den zuständigen Berliner und Brandenburger Verkehrs- und Umweltverwaltungen, der FBS und einem beauftragten Fachgutachter durchgeführt. Die für die Festsetzung der Lärmschutzbereiche erforderlichen Grundlagen (Datenermittlung und -prüfung sowie die Kartierungen) werden bis zur Festsetzungsreife federführend durch das Land Brandenburg geschaffen. Weitere Einzelheiten der Zusammenarbeit werden durch ein derzeit in Vorbereitung befindliches Verwaltungsabkommen zwischen Brandenburg und Berlin geregelt. Es ist vorgesehen, die Bewältigung der o.g. Aufgabe als dauerhaften Prozess der Zusammenarbeit zu entwickeln.

## **IV. Verkehr**

### **1. Gemeinsame Verkehrsregion Berlin–Brandenburg**

Im Rahmen der engen Zusammenarbeit des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, u. a. bei der Erarbeitung und Fortschreibung gemeinsamer Planwerke, wurde eine gemeinsame Verkehrsprognose für den Planungszeithorizont 2025 in Auftrag gegeben. Die Arbeiten, in die die unterschiedlichen Bedingungen und Entwicklungstendenzen der beiden Länder mit einfließen, werden im Jahr 2009 abgeschlossen. Damit wird für die Region erstmals eine entsprechende Berlin und Brandenburg als einheitlichen Verkehrsraum betrachtende Prognose als verkehrspolitische und -planerische Grundlage zur Verfügung stehen.

### **2. Öffentlicher Personennahverkehr**

Der länderübergreifende öffentliche Personennahverkehr ist eine Kernaufgabe der Zusammenarbeit beider Länder. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei der von den Ländern Berlin und Brandenburg sowie den brandenburgischen Landkreisen und kreisfreien Städte getragene Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) wahr, der im April 2009 sein 10jähriges Jubiläum feierte. Gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen arbeitet der VBB intensiv an einer verbesserten Vernetzung der Verkehrsmittel und an möglichst aktuellen Fahrgastinformationen.

Bei der Bewältigung der seit Anfang 2009 aufgetretenen massiven Einschränkungen im S-Bahnbetrieb hat der VBB wichtige Koordinierungs- und Serviceleistungen erbracht.

Im Juli 2009 schloss der VBB das im Auftrag der Länder durchgeführte Vergabeverfahren „Netz Stadtbahn“ ab. Die Zuschläge wurden der DB Regio AG und der Ostdeutschen Eisenbahn GmbH (ODEG) erteilt. Damit konnte die bisher größte Ausschreibung für das Angebot von Regionalverkehrsleistungen in Deutschland trotz der erstmals praktizierten Loslimitierung ohne Nachprüfungsverfahren erfolgreich beendet werden. Für die Fahrgäste bedeutet das künftig mehr Qualität u.a. durch modernere Fahrzeuge, mehr Sitzplätze und mehr Personal in den Zügen.

### **3. Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Brandenburg-Berlin**

Die Arbeiten an einem länderübergreifenden Verkehrs- und Mobilitätsmanagement wurden fortgesetzt, nachdem in den letzten Jahren wesentliche Systemkomponenten realisiert worden waren (gemeinsame Autobahnverkehrsrechnerzentrale, Verkehrsmanagementzentrale, Vernetzung über das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit insgesamt 4 Mio. € geförderte und 2008 erfolgreich abgeschlossene Forschungsprojekt iQ mobility).

## **V. Landesplanung / Raumordnung**

### **1. Gemeinsamer Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg**

Nach der Vorlage des neuen Leitbildes für die Entwicklung der Hauptstadtregion im Jahre 2006 und der Verabschiedung des neuen Landesentwicklungsprogramms 2007 haben die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg am 31. März 2009 den neuen Landesentwicklungsplan für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP B-B) verabschiedet.

Mit der Neuordnung der Landesplanung sollen die Hauptstadtregion im nationalen und internationalen Maßstab gemeinsam noch deutlicher positioniert und die Stärken der vielfältigen Teilräume der Region weiter qualifiziert werden. Ziel ist es, Berlin und Brandenburg gemeinsam als Metropolregion zu profilieren, ein innovatives Klima für den Strukturwandel zu schaffen, die internationale Attraktivität zu steigern und gleichzeitig die Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern. Mit dem LEP B-B ist es durch einen intensiven Diskussionsprozess gemeinsam gelungen, die Landesplanung von einem „Ausgleichsinstrument“ zu einer Grundlage für Wachstumsförderung und Infrastrukturentwicklung für den gemeinsamen Raum umzugestalten. Für das Zusammenwirken zwischen Berlin und Brandenburg im Rahmen der räumlichen Planung ist dabei von besonderer Bedeutung:

- Berlin und Brandenburg werden im Wettbewerb der Metropolregionen gestärkt.
- Die künftige Siedlungsentwicklung wird auf den Kernraum Berlin und die Achsen im brandenburgischen Umland sowie im übrigen Raum auf die Zentralen Orte konzentriert.
- Hochwertige Freiräume (Freiraumverbund) werden vor weiterer Zersiedlung und sonstiger Inanspruchnahme geschützt. Dadurch werden auch die für Berlin wichtigen Funktionen der Achsenzwischenräume, z.B. für die Erholung, in besonderem Maße gesichert.
- Der Flughafenstandort BBI wird als Single-Airport für den Flugverkehr in Berlin und Brandenburg gesichert.
- Großflächige Einzelhandelseinrichtungen werden in beiden Ländern gleichermaßen räumlich konzentriert und nicht verträgliche Ansiedlungsvorhaben „auf der grünen Wiese“ begrenzt.

## **2. Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg als europäische Metropolregion**

### **2.1 Ostsee-Adria-Entwicklungskorridor und die Projekte SoNorA und Scandria**

Mit der Auftaktkonferenz und der Verabschiedung der „Berliner Erklärung“ im November 2007 bekräftigten Berlin und Brandenburg gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Ländern ihren Willen, Projekte und Aktivitäten im Rahmen des sog. „Ostsee-Adria-Entwicklungskorridors“ regional, national und transnational zu bündeln, um so einen effektiven Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum, sozialer Stabilität und Innovation zu leisten. Die Ziele dieser Raumentwicklungsinitiative wurden im Oktober 2008 anlässlich einer internationalen Fachkonferenz im Rahmen der Fachmesse euregia bestätigt und vertieft.

Dem Korridor kommt zentrale Bedeutung u.a. bei der Revision der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) sowie bei der Entwicklung eines „grünen Korridors“ für den europäischen Güterverkehr zu. In diesem Sinne positionierte sich die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg im April 2009 mit einer Stellungnahme zum von der Europäischen Kommission vorgelegten Grünbuch zur Überarbeitung der TEN-V-Politik. Unterstützt wird die Einführung eines Gesamt- und eines Kernnetzes (Option 3). Dabei soll das sog. Kernnetz die Erreichbarkeit der Metropolen, Siedlungs- und Wirtschaftsschwerpunkte und der Regionen durch vereinheitlichte Nutzungsbedingungen und Standards sichern und für Mitteleuropa direkte Nord-Süd-Verbindungen zwischen Skandinavien und der Adria herstellen.

Die Umsetzung der Ziele der „Berliner Erklärung“ gewährleisten u.a. erfolgreich beantragte INTERREG-Projekte: So wurde im Juni 2009 für den Ostseeraum das Projekt SCANDRIA unter Leitung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung bewilligt, das insbesondere auf die Verbesserung der Qualität der Verkehrsinfrastruktur sowie auf die Entwicklung innovativer Logistikkonzepte und die bessere Verknüpfung regionaler Wirtschaftspotenziale mit logistischen Lösungen zielt. Seit November 2008 ist die Gemeinsame Landesplanungsabteilung zudem als Projektpartnerin im südlichen Teil des Korridors an dem Projekt SoNorA (South-North-Axis) beteiligt, in dessen Rahmen ebenfalls die Infrastruktur- und Regionalentwicklung im Ostsee-Adria-Entwicklungskorridor unterstützt wird.

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg nimmt so eine Scharnierfunktion zwischen den beiden transnationalen Kooperationsräumen Ostsee und Mitteleuropa ein. Vor diesem Hintergrund hat sie auch die von der Europäischen Kommission erarbeitete und im Juni 2009 vorgestellte Strategie für den Ostseeraum grundsätzlich begrüßt. Sie könnte der Region weitere wirtschaftliche und ökologische Impulse verleihen, die auch in die angrenzenden Kooperationsräume hinaus wirken.

Die Hauptstadtregion als europäische Metropolregion ist zudem in der Organisation der europäischen Metropolregionen METREX vertreten. Im Juli 2009 begannen die Vorbereitungen für die in 2010 in Berlin und Brandenburg geplante Herbstkonferenz von METREX.

### **2.2 Zusammenarbeit mit Polen**

Brandenburg und Berlin arbeiten auf vielen Feldern eng mit Partnern in Polen zusammen. Neben vielen bilateralen Aktivitäten werden die zahlreichen gemeinsamen Interessen als Hauptstadtregion vor allem im multilateralen Rahmen der Oder-Partnerschaft verfolgt. Berlin und Brandenburg stimmen sich hier besonders eng ab, so z.B. in der regelmäßigen Lenkungsrunde Oder-Partnerschaft bei der Senatskanzlei Berlin oder in den MOE-Runden der Landesregierung Brandenburg, in denen auch Berlin vertreten ist.

Das politische Spitzentreffen der Oder-Partnerschaft am 5. November 2008 in Posen bekräftigte den Prozess der Kooperation zwischen den jeweils vier östlichen Bundesländern und den westlichen Wojewodschaften Polens und bestätigte den Willen aller Anwesenden,

die 2006 begonnene Initiative intensiv fortzusetzen. Praktisch umgesetzt wurde sie danach in mehreren deutsch-polnischen Treffen, Projekten und Initiativen zu den 2006 vereinbarten Leitthemen KMU/Innovation, Verkehr/Logistik und Tourismus. Die Ausweitung der Kooperation um die auf dem Genshagener Workshop identifizierten Themen Bildung/Lehrerfortbildung, demografischer Wandel und die damit verbundene Thematik der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit, ländliche Räume, Energieeffizienz sowie „EURO 2012“ wurde in den mehreren Arbeitstreffen diskutiert.

Gegenwärtig wird als eines der prioritären Ziele die Öffentlichkeitsarbeit für die Oder-Partnerschaft intensiviert. Um die Akzeptanz und den Bekanntheitsgrad des Projektes weiter auszubauen, wird der in das EUNOP-Netzwerk integrierte Internetauftritt der Oder-Partnerschaft weiterentwickelt und mit der Domain unter [www.oder-partnerschaft.eu](http://www.oder-partnerschaft.eu) / [www.partnerstwo-odra.eu](http://www.partnerstwo-odra.eu) verlinkt. Die Berichterstattung und Pressearbeit innerhalb des interregionalen Netzwerkes wird mit dem seit Mai 2009 von der Senatverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen viermal jährlich herausgegebenen und von allen Partnerregionen mitgestalteten „Newsletter zur Oder-Partnerschaft“ intensiviert. Als weitere PR-Maßnahme erscheint für 2010 ein werbewirksamer Oder-Partnerschafts-Kalender.

Folgende Projekte stehen daneben zurzeit im Fokus:

- **Verkehr/Infrastruktur:** Auf Einladung des Landes Brandenburg soll am 13. Januar 2010 in Potsdam das nächste politische Spitzentreffen - diesmal zum Thema Entwicklungsperspektiven der Verkehrsinfrastruktur im Bereich der Oder-Partnerschaft - stattfinden. Eine weitere regelmäßige informelle Abstimmung auf Fachebene erfolgt im vierteljährlichen Statusgespräch Oder-Partnerschaft/Polen.

Von zunehmender Bedeutung ist insbesondere eine bessere verkehrliche Anbindung des Flughafens BBI. Im Hinblick auf die hohen Passagierzahlen aus Polen steht dabei die Optimierung der Fahrzeiten aus den westpolnischen Metropolen und Regionen im Vordergrund der Bemühungen. Hierzu fanden auf Arbeitsebene 2009 in Potsdam zwei Abstimmungsgespräche und mehrere Sitzungen des Runden Tisches Verkehr statt.

- **Verwaltungsmitarbeiteraustausch:** Die Kooperationsbeziehungen der beteiligten Verwaltungen mit ihren polnischen Partnern werden intensiviert. Die Senatskanzlei Berlin hat den vier westpolnischen Partnerregionen drei- bis vierwöchige Hospitationsplätze innerhalb der Berliner Senatsverwaltungen angeboten. Erste Hospitationen wurden für September 2009 (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung), Oktober/November 2009 (Beratungs- und Service-Gesellschaft Umwelt mbH sowie zukünftig im Zentrum GmbH) und November 2009 (Senatskanzlei, Bereich Kultur) organisiert.
- **EU-Net Oderpartnership EUNOP:** Hierbei handelt es sich um ein aus dem Berliner EFRE-Programm „Netzwerkbildung MOE“ bis 2011 finanziertes Netzwerk nichtgewinnorientierter EU-Beratungseinrichtungen in Berlin und Brandenburg sowie der westpolnischen Wojewodschaften Niederschlesien, Lebus Land, Westpommern und Großpolen.
- **Mit der erfolgreichen Umsetzung des TEICO-Net Projekts** wurde in den Jahren 2005 bis 2007 ein transnationales Netzwerk mit Partnern in Ostdeutschland, Westpolen und dem baltischen Raum etabliert, auf dessen Grundlage nunmehr konkrete Investitionen in transnationale Wirtschaftsförderstrukturen erfolgen können. Das 2008 bewilligte Folgeprojekt JOSEFIN zielt daher auf die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln für die Unterstützung von grenzüberschreitenden Geschäftsaktivitäten mittelständischer Betriebe innerhalb der Oder-Partnerschaft und des Ostseeraums.

- Energie / Energetische Gebäudesanierung - Revitalisierung: Energie war das Schwerpunktthema mehrerer gegenseitiger Delegationsbesuche 2008 und 2009. Ende 2008 erschien die von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen in Auftrag gegebene Studie zu den Möglichkeiten der transnationalen Kooperation in der Energiebranche, die den Wirtschaftspartnern beiderseits der Oder einen Überblick über die energiewirtschaftlichen Potentiale und Stärken in den einzelnen Partnerregionen bietet. Des Weiteren betreuen Berlin/Brandenburg am polnischen Energie-Markt interessierte Unternehmen aus unseren Regionen auf der alljährlichen Messe POLEKO in Posen, auf der sich Brandenburg in diesem Jahr als Energiestandort präsentieren wird.

Am 23. April 2009 wurde in einer von der Brandenburgischen Landesvertretung koordinierten und vom Berliner Büro unterstützten gemeinsamen Konferenz im Europäischen Parlament mit Vertretern der Bundesregierung, der polnischen Regierung und der im Rahmen der Oder-Partnerschaft zusammenarbeitenden Stellen eine erste Bilanz über die Ausdehnung des Schengen-Raums nach Polen gezogen. Sie unterstrich, dass die Schengen-Erweiterung zu einem Mehr an Sicherheit im Grenzraum geführt hat.

## **VI. Gemeinsame Bildungsregion**

### **1. Bericht „Bildung in Berlin-Brandenburg 2008“**

Der erstmals vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und dem Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg gemeinsam erstellte und vorgelegte Bericht „Bildung in Berlin-Brandenburg 2008“ (verfügbar unter <http://www.bildungsbericht-berlin-brandenburg.de/>) ist wie der nationale Bericht „Bildung in Deutschland“ auf kontinuierliche Fortschreibung hin angelegt und Bestandteil eines umfassenden Bildungsmonitorings, wie es von der Kultusministerkonferenz 2006 beschlossen wurde.

Er präsentiert eine problemorientierte Analyse der Bildungssituation in der Region. Problemorientierung heißt, kritische Entwicklungen im Bildungswesen für Politik und Öffentlichkeit erkennbar zu machen und möglichen Handlungsbedarf aufzuzeigen, ohne jedoch Wertungen vorzunehmen und politische Empfehlungen abzugeben.

Der Bericht dokumentiert für die Region in den Bereichen Kindertagesbetreuungsangebote und Schule

- den starken Ausbau der vorschulischen Kindertagesbetreuungsangebote,
- die flächendeckend implementierte vorschulische Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung,
- die positive Entwicklung bei den schulischen Ganztagsangeboten,
- den im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Integrationsanteil,
- die hohen Abschlussquoten am Ende der Sekundarstufen I und II und
- die Verbesserungen in der internationalen Schulleistungsstudie PISA.

Der Bericht belegt zudem die intensive institutionelle Zusammenarbeit beider Länder. Die statistisch ablesbaren Stärken der Region liegen im deutschlandweiten Vergleich in erster Linie in den präventiven und kompensatorischen Strukturen für sozial belastete oder benachteiligte Familien und deren Kinder. Die Kompetenzzuwächse bei den PISA-Erhebungen unterstreichen die insgesamt positive Entwicklung im Leistungsbereich.

Es wird aber auch auf eine Reihe von Problemfeldern hingewiesen, z.B. im Rahmen des Übergangs von der Schule in den Beruf und der in beiden Ländern noch zu hohen Quote der Abgänge ohne allgemeinbildenden Schulabschluss. Hieraus werden zentrale

Herausforderungen für die kommenden Jahre abgeleitet. Insbesondere ist hier die demographische Entwicklung zu nennen, die sich, wenn auch unterschiedlich, auf beide Länder auswirkt.

Für beide Länder gilt gleichermaßen, dass sich die Anforderungen an das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen, Schule und Hochschule in der Zukunft erheblich verändern. Eine der zentralen Herausforderungen ist es daher, attraktive Ausbildungs- und Beschäftigungsbedingungen zu erhalten und weiter zu entwickeln, die jungen Nachwuchskräften die Entscheidung für eine berufliche Zukunft in der Region erleichtert.

## **2. Institut für Schulqualität**

Nach PISA 2000 haben Berlin und Brandenburg in enger Abstimmung ein System qualitätssichernder Maßnahmen durch Tests, Leistungsvergleiche und zentrale Prüfungen aufgebaut. Das zum 1. Januar 2006 gegründete Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg e.V. (ISQ) ist ein Service-Institut für die Schulen, die Schulverwaltungen und die Bildungspolitik beider Länder. Es erbringt Dienstleistungen, die für eine systematische Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung erforderlich sind. Das ISQ richtet diagnostische Tests, zentrale Vergleichsarbeiten/Orientierungsarbeiten und Jahrgangsstufentests auf nationale und internationale Maßstäbe aus, führt sie durch, organisiert die Internet-gestützte Datenerhebung, stellt die Ergebnisse den Schulen und Bildungsverwaltungen dar und fertigt darüber Berichte an. Es unterstützt Schulen bei der Selbst- und Fremdevaluation durch die Bereitstellung und Auswertung von geeigneten Fragebogen im Rahmen von Online-Befragungen und leistet seinen fachlichen Beitrag zur Schul- und Unterrichtsentwicklung der Einzelschule sowie zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Bildungsregion Berlin-Brandenburg. Schließlich organisiert das ISQ die Überprüfung des Umsetzungsgrades der bundesweit geltenden Bildungsstandards der KMK in den Ländern Berlin und Brandenburg.

Das seit dem 1. Januar 2006 arbeitende Institut ist eine wissenschaftlich fundierte und unabhängig arbeitende Einrichtung, die im Frühjahr 2006 vom Akademischen Senat der Freien Universität Berlin als An-Institut anerkannt wurde. Die im ISQ tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kooperieren eng mit den Universitäten der Region Berlin und Brandenburg.

Zur Klärung der Frage, ob die mit der Gründung des Instituts verbundenen Erwartungen der Länder erfüllt werden, wurde es im Oktober 2008 durch eine externe Kommission unter Vorsitz von Professor Dr. Hartmut Ditton (Universität München) evaluiert. Die Evaluationskommission kommt zu dem Ergebnis, dass sich die bisherige Arbeit des ISQ aus Sicht der Kommission durch eine hohe Professionalität auszeichnet, die übertragenen Aufgaben im vollen Umfang erfüllt werden und sich die Einrichtung des ISQ als unabhängige Einrichtung bewährt hat.

## **3. Bildungsserver Berlin-Brandenburg**

Seit dem 14. Januar 2009 ist der Bildungsserver Berlin-Brandenburg (bbb) als eine Informations-, Kommunikations- und Kooperationsplattform für schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen in Berlin und im Land Brandenburg verfügbar. Der erste gemeinsame Bildungsserver zweier Länder in Deutschland ist ein weiterer Schritt zur gemeinsamen Bildungsregion Berlin-Brandenburg, die auch durch das gemeinsame Online-Angebot des bbb repräsentiert wird.

Der bbb wird als ein Informations- und Serviceangebot des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport konzeptionell, technisch und redaktionell betreut.

#### **4. Gemeinsames Zentralabitur**

Brandenburg und Berlin führen das Zentralabitur ab dem Schuljahr 2009/2010 in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch gemeinsam durch. Für diese vier Fächer wurden gemeinsame Entwicklergruppen berufen und beauftragt. Es wurde ein gemeinsamer Arbeitsplan für die Zeit von Januar 2009 bis Mai 2010 zwischen beiden Ländern vereinbart; die Zuständigkeiten für die jeweiligen Akteure in den Bildungsverwaltungen und im Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg sind festgelegt. Curriculare Grundlage für die gemeinsamen Abiturprüfungen sind die neuen Rahmenlehrpläne für die gymnasiale Oberstufe, die in einem gemeinsamen Projekt der Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet wurden. Sie wurden in Berlin 2006 und in Brandenburg 2007 in Kraft gesetzt. Das erste gemeinsame Abitur ist für Berlin der zweite, für Brandenburg der erste Prüfungsdurchgang auf der Grundlage dieser Pläne.

#### **VII. Gemeinsame Wissenschaftsregion**

Die auf vielfache Weise verankerte und institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftsressorts, den Hochschulen und den Forschungseinrichtungen beider Länder wird durch verschiedene Formen der Kooperation mit und zwischen den zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie der regionalen Wirtschaft ergänzt.

Ein wesentliches Forum der Zusammenarbeit zwischen den Ländern sind die regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen des Brandenburger Landtagsausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur und des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung des Berliner Abgeordnetenhauses, in denen u.a. die gemeinsamen Berichte der Wissenschaftsressorts zur „Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg im Hochschulbereich“ beraten werden.

Nachdem im Jahr 2008 von den Wissenschaftsressorts erarbeitete Berichte zur „Entwicklung der Fachhochschulen in der Region“ sowie zum „Stand der Harmonisierung der Hochschulgesetzgebung“ beraten worden waren, beschäftigten sich die Ausschüsse im Jahr 2009 schwerpunktmäßig mit den Hochschulsteuerungsinstrumenten beider Länder. In der Diskussion zeigte sich, dass mit beiden Systemen der Hochschulsteuerung bei aller zum Teil historisch gewachsenen, den spezifischen Bedingungen und Anforderungen des jeweiligen Landes entsprechenden Differenziertheit ähnliche hochschulpolitische Ziele verfolgt werden. Nach einvernehmlicher Feststellung führen die unterschiedlichen Systeme der Hochschulsteuerung nicht zu einer Behinderung der Kooperationen innerhalb der Berliner und Brandenburger Wissenschaftslandschaft.

Neben den gemeinsamen Sitzungen der Wissenschaftsausschüsse finden regelmäßige Abstimmungen der Wissenschaftsressorts auf Leitungs- und Arbeitsebene sowie in gemeinsamen Arbeitsgruppen zu den Themen Hochschulen, Hochschulkapazitäten und Hochschulgesetzgebung statt. Diese Gespräche sichern den kontinuierlichen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern.

Ausdruck der konkreten Zusammenarbeit ist die bereits im Abschnitt Wirtschaft dargestellte gemeinsame Innovationsstrategie, die die bundesweit einmaligen Forschungspotentiale der Region abbildet.

Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen beider Länder wurde 2009 weiter ausgebaut. Insbesondere wurden die Kooperationen innerhalb von Sonderforschungsbereichen und innerhalb der Exzellenzinitiative in von Berliner Hochschulen getragenen Exzellenzclustern oder Graduiertenschulen intensiviert. Im

Berichtszeitraum sind drei wichtige Projektförderungen im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) getragenen Programms „Spitzenforschung und Innovation in den Neuen Ländern“, das auch Berlin einschließt, hinzugekommen:

- PROGRESS steht für "Potsdam Research Cluster for Georisk Analysis, Environmental Change and Sustainability" (Potsdamer Forschungs- und Technologieverbund zu Naturgefahren, Klimawandel und Nachhaltigkeit). Im Kern geht es darum, die Zusammenarbeit der Wissenschaft mit industriellen und administrativen Partnern zu stärken, um mit neuen Technologien und Methoden Naturgefahren wie Erdbeben, Überschwemmungen oder Tsunamis schneller zu erkennen und besser einschätzen zu können. Ziel ist es, den Verantwortlichen in den betroffenen Gebieten zu helfen, rechtzeitig die geeigneten Vorkehrungen zu treffen. Der Antrag für die Förderung wurde federführend von der Universität Potsdam gemeinsam mit dem Helmholtz-Zentrum Potsdam Deutsches GeoForschungsZentrum, dem Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung sowie Partnern der Industrie in Kooperation und Abstimmung mit dem Verband der Geoinformationswirtschaft Berlin/Brandenburg GEOkomm erarbeitet. Insgesamt sollen nach einer Entscheidung des BMBF in den Jahren 2009-2014 11 Mio. Euro in das geowissenschaftliche Projekt fließen.
- Mit dem „Taschentuchlabor: Impulszentrum für integrierte Bioanalyse“ startet ein Forschungsverbund unter Leitung des Potsdamer Teils des Instituts für Biomedizinische Technik der Fraunhofer Gesellschaft. Projektpartner sind die Universität Potsdam, das Fraunhofer-Institut für angewandte Polymerforschung und die Charité-Universitätsmedizin Berlin. Ziel des Projekts ist die Entwicklung einer Diagnostik, die mithilfe von Sensor-Aktor-Molekülen frühzeitig und an jedem Ort durchgeführt werden kann. Das Impulszentrum wird Erkenntnisse zur molekularen Erkennung und Technologie für die Entwicklung von neuartigen bioanalytischen Verfahren und Diagnostika bereitstellen und Innovationen im Bereich der Bioanalytik auslösen sowie der regionalen Wirtschaft wichtige Impulse im Branchenfeld Bio- und Medizintechnologie geben. Vom BMBF werden hierfür 14 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
- Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien gehört auch für die Hauptstadtregion zu den wichtigsten Aufgaben staatlicher Vorsorge. Der vom Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH und der Technischen Universität Berlin in Zusammenarbeit mit branchenführenden Industrieunternehmen und weiteren regionalen wie überregionalen Forschungseinrichtungen (Forschungszentrum Jülich) initiierte Aufbau eines "Kompetenzzentrums für Dünnschicht- und Nanotechnologie in der Photovoltaik" am Standort Berlin-Adlershof gilt als das Leitprojekt des sich regional neu etablierenden Zukunftsfeldes Energietechnik der Länder Berlin und Brandenburg.

In die Region strahlen auch zwei Innovationscluster der Fraunhofer-Gesellschaft aus, die vom Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik organisiert werden. Die Innovationscluster arbeiten auf den Gebieten „Sichere Identität“ und „Maintenance, Repair and Overhaul“. Fördermittel haben bisher die beiden Länder, der Pakt für Forschung und Innovation der Fraunhofer-Gesellschaft und die Industrie zugesagt. An den Clustern beteiligen sich aus der Region die Bundesdruckerei, Airbus, Alstom, die BVG, MTU, Siemens und Rolls Royce.

Ein weiterer Beleg für die erfolgreiche Zusammenarbeit Berlins und Brandenburgs im Wissenschaftsbereich ist der Erfolg im BMBF-Wettbewerb „Gesundheitsregionen der



Zukunft“. Das Projekt „Gesundheitsregion Nordbrandenburg - FONTANE“, an dem eine große Zahl Berliner und Brandenburger Partner beteiligt ist, wurde als eines von zwei Projekten ausgezeichnet, die mit insgesamt 15 Mio. Euro vom Bund gefördert werden. Ziel des Projekts ist es insbesondere, die medizinische Betreuung in strukturschwachen ländlichen Gebieten durch die Entwicklung von telemedizinischen Prozess- und Produktinnovationen zu sichern bzw. zu verbessern.

Gemeinsame Erfolge Brandenburger und Berliner Einrichtungen gibt es auch im Programm KLIMZUG des BMBF, in dessen Rahmen das „Innovationsnetzwerk Klimaanpassung Region Brandenburg/Berlin“ gefördert wird. Projektpartner sind 12 Forschungseinrichtungen, 15 Interessenverbände, mehr als 30 Wirtschaftsunternehmen sowie eine Reihe von kommunalen Verwaltungen und Landesbehörden sowohl aus Brandenburg als auch aus Berlin. Dieser Erfolg ist auch der Koordinationshilfe der 2008 auf Initiative des Brandenburger Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur gegründeten „Klimaplattform“ zuzuschreiben, bei der es sich zwar um eine brandenburgische Initiative handelt, an der sich mit der Humboldt Universität zu Berlin und dem Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei jedoch auch Berliner Institutionen beteiligen.

Ausdruck der erfolgreichen Zusammenarbeit Berliner und Brandenburger Einrichtungen sind auch das „Berlin-Brandenburg Zentrum für regenerative Therapien“ (BCRT) sowie im Rahmen der strukturierten Doktorandenausbildung die „Berlin-Brandenburg School for regenerative Therapies“ (BSRT). Beide Einrichtungen werden von der Erweiterung des Biomedizinischen Zentrums des GKSS-Forschungszentrums in Teltow profitieren. Mit dem ersten Spatenstich am 14. September 2009 begannen die Vorbereitungen für die Errichtung des zweiten Bauabschnitts. Im Zeitraum von 2009 bis 2011 entsteht hier ein Neubau, für den Landesmittel Brandenburgs in Höhe von 7,7 Mio. Euro bereitgestellt werden. Das neue Gebäude mit einer Gesamtfläche von ca. 2050 qm soll Anfang 2011 bezugsfertig sein. Im Rahmen der Förderung durch die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren werden 5,0 Mio. € für die Labor- und Geräteausstattung zur Verfügung gestellt. Die Laborkapazitäten sollen auch dem BCRT und der BSRT zur Verfügung stehen.

Eine Intensivierung der Kooperation Berliner und Brandenburger Einrichtungen zeigt sich auch in der Zahl der länderübergreifenden gemeinsamen Berufungen. Jüngste Beispiele sind die gemeinsamen Berufungen im Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, im Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und im Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik (IHP) mit Berliner Hochschulen.

Zu erwähnen ist ferner der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung auf dem Gebiet der Lehrerbildung zwischen der Universität der Künste Berlin und der Universität Potsdam. Sie ermöglicht ein Studium der künstlerischen Kernfächer der Universität der Künste und der Zweitstudienfächer sowie des erziehungswissenschaftlichen Teilstudiums der Universität Potsdam.

## **VIII. Arbeit und Soziales**

### **1. Gemeinsame Fachkräftestudie**

Im Dezember 2008 wurde von den Arbeitsressorts die gemeinsame Fachkräftestudie für die Region Berlin-Brandenburg in Auftrag gegeben. Die Sicherung der Fachkräftebasis und die Zusammenarbeit bei der Ermittlung des zukünftigen Fachkräftepotentials und -bedarfs sind notwendige Bedingungen, um den wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen und die Region Berlin-Brandenburg als innovatives und leistungsstarkes Zentrum in Deutschland zu sichern.

Auftragnehmerin für die Erarbeitung der Fachkräftestudie ist die prognos AG. Ein „Begleitgremium“ von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus Berlin und Brandenburg hat sich konstituiert.

Die prognos AG wird Ende 2009 die Ergebnisse der Studie vorlegen und mögliche Handlungsfelder für die Region benennen. Zur Entwicklung eines möglichst gut qualifizierten Fachkräftepotentials werden die berufliche Weiterbildung und die berufliche Nachqualifizierung künftig besondere Bedeutung erlangen. Im August/September 2009 führten Mitarbeiter der prognos AG Workshops mit Akteuren ausgewählter Branchen der Region zur Einschätzung der jeweils spezifischen Fachkräfteentwicklung durch (Informations- und Kommunikationstechnologie, Optische Technologien, Verkehrssystemtechnik, Umwelt- und Energietechnik, Kunststoff/Chemie, Maschinen- und Anlagenbau, unternehmensnahe Dienstleistungen).

## **2. Weiterbildungsdatenbank Berlin-Brandenburg**

Die Verknüpfung der Weiterbildungsdatenbanken beider Länder mit Hilfe eines gemeinsamen Suchportals ist ein Kooperationsvorhaben zwischen der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und dem Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie. Sie spiegelt das Zusammenwachsen des Arbeitsmarktes wider.

Die Weiterbildungsdatenbanken informieren umfassend über Angebote der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung. Arbeitssuchende, Beschäftigte und Unternehmen mit Qualifizierungsbedarf können online unter [www.wdb-suchportal.de](http://www.wdb-suchportal.de) nach entsprechenden Bildungsanbietern und ihren Angeboten recherchieren.

## **3. Arbeitsschutz**

Im Mai 2009 wurden in einer Fachveranstaltung die Projektpläne für die ersten Arbeitsprogramme zur Umsetzung der nationalen Arbeitsschutzziele im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie vorgestellt. Sie werden derzeit gemeinsam von den Arbeitsschutzverwaltungen Berlins und Brandenburgs mit den Unfallversicherungsträgern zur regionalen Umsetzung vorbereitet. Die Abstimmungen hinsichtlich des arbeitsteiligen Vorgehens mit den Unfallversicherungsträgern und zum geplanten Ressourceneinsatz laufen. Es handelt sich um die Arbeitsprogramme zur Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Zeitarbeit, bei Bau- und Montgearbeiten sowie beim Umgang mit hautgefährdenden Stoffen.

## **4. Fusion der AOK Berlin und Brandenburg**

Die Verwaltungsräte der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin und der AOK Brandenburg haben beschlossen, die beiden Kassen zum 1. Januar 2010 zu vereinigen. Die Genehmigung durch die zuständigen Aufsichtsbehörden in Berlin und Brandenburg liegt vor. Die neue Kasse wird den Namen „AOK Berlin-Brandenburg - Die Gesundheitskasse“ tragen. Sitz der Krankenkasse wird Potsdam sein, Sitz der Pflegekasse Berlin. Die Rechtsaufsicht über die Kranken- und Pflegekasse wird auf Grund des Sitzes der Krankenkasse in Potsdam durch das Land Brandenburg ausgeübt.

Zur Unterstützung der Vereinigung hat das bundesweite AOK-System eine Vereinigungshilfe in Höhe von insgesamt 127 Mio. € in den Jahren 2010-2013 zugesagt. Als regionaler Marktführer mit rund 1,3 Mio. Mitgliedern wird die vereinigte AOK mit den Leistungserbringern beispielgebende Versorgungsmodelle aushandeln und ein besonders umfangreiches und ausdifferenziertes Leistungsspektrum aufbauen können, das u.a. für die zahlreichen Berufspendlerinnen und -pendler zwischen Berlin und Brandenburg einheitlich sein wird und von dem dann auch die Versicherten in den Randregionen Brandenburgs

profitieren können. Grundsätzlich unberührt von der Vereinigung bleiben die Struktur der Geschäftsstellen sowie die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unberührt bleibt auch das Engagement der AOK in den Pflegestützpunkten nach den in den Ländern Berlin und Brandenburg ausgehandelten Rahmenverträgen.

Durch die Vereinigung wird die AOK Berlin-Brandenburg mit über 4.000 Beschäftigten zu einem der größten Arbeitgeber der Region, der insbesondere auch attraktive Ausbildungsplätze für junge Leute anbieten wird.

Um bei Berliner Belangen auch weiterhin Einfluss nehmen zu können, hat das Land Berlin mit der Krankenkasse eine Kooperationsvereinbarung und mit dem Land Brandenburg eine Verwaltungsvereinbarung erarbeitet.

In der Verwaltungsvereinbarung wird die Zusammenarbeit beider Länder in aufsichtsrechtlichen Angelegenheiten geregelt (insbesondere Informationsrechte des Landes Berlin gegenüber der Aufsichtsbehörde in Brandenburg und das Recht zur Stellungnahme in grundsätzlichen Angelegenheiten).

## **IX. Gesundheit und Umweltschutz**

### **1. Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg**

Die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg als Wissenschafts-, Ausbildungs- und Wirtschaftsstandort entwickelt sich weiterhin erfolgreich. 2008 wuchs die Zahl der in diesem Bereich beschäftigten Personen gegenüber 2007 um 2,5% auf rund 351.760. Die Bruttowertschöpfung stieg im selben Zeitraum um 0,6% auf ca. 14,25 Mrd. €. Neuere Studien bestätigen die erheblichen Wachstumspotenziale für die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg.

Mehrere Projekte sind bereits gemeinsam begonnen worden, einige Maßnahmen sind bereits realisiert. Beispielfähig können die Herausgabe des Ausbildungsatlasses Gesundheit Berlin-Brandenburg, des Studienführers Gesundheit Berlin-Brandenburg, des Präventionsatlasses (Gesundheitskurse in Berlin und Brandenburg) und des Atlases zur medizinischen Rehabilitation benannt werden. Letzterer ist seit Sommer 2009 auch im Internet unter [www.atlas-rehabilitation.de](http://www.atlas-rehabilitation.de) abrufbar. Dort können 60 ambulante und stationäre Einrichtungen nach Fachgebiet oder Entfernung durchsucht werden. Adressverzeichnisse erleichtern die Kontaktaufnahme mit den beratenden Stellen.

### **2. Länderübergreifende Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung**

Ressourcen für Prävention und Gesundheitsförderung zu stärken, ist das Ziel von Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. Die gemeinsame Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung wurde am 26. Mai 2009 auf den Weg gebracht. Berliner und Brandenburger Akteure aus Gesundheitswesen, Wissenschaft, freien Trägern und Verwaltung haben sich zusammengeschlossen, um gesundheitsfördernde Lebensstile und Lebensbedingungen in der Region gemeinsam zu fördern.

Mit dem neuen Verein wird Gesundheit Berlin e.V., die Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung in Berlin, zur gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft der Region Berlin-Brandenburg weiterentwickelt. Brandenburg war bisher das einzige Bundesland ohne eigene Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung. Nun nimmt in Potsdam die Geschäftsstelle der gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft ihre Tätigkeit auf.

### **3. Gründung des Landeslabors Berlin-Brandenburg**

Das Landeslabor Berlin-Brandenburg als gemeinsame Anstalt des öffentlichen Rechts wurde zum 1. Januar 2009 durch die Fusion des Instituts für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen des Berliner Betriebs für zentrale gesundheitliche Aufgaben mit dem Landeslabor Brandenburg gebildet. Sitz der Anstalt ist Berlin mit einem weiteren Standort in Frankfurt/Oder und übergangsweise in Potsdam bzw. Kleinmachnow.

Die Zustimmungsgesetze zu dem von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz erarbeiteten Staatsvertrag wurden durch den Landtag Brandenburg am 19. November 2008 und durch das Abgeordnetenhaus von Berlin am 4. Dezember 2008 beschlossen.

In der gemeinsamen Laboreinrichtung sind etwa gleich viele ehemalige Berliner und Brandenburger Beschäftigte sowie Auszubildende und Praktikanten, insgesamt rd. 500 Personen tätig.

Das Landeslabor Berlin-Brandenburg ist insbesondere präventiv tätig und stellt durch ein umfangreiches Spektrum an Routineuntersuchungen ein hohes Niveau im gesundheitlichen Verbraucher- und Umweltschutz in Berlin und Brandenburg sicher.

Durch weitgehende Bündelung spezieller Aufgaben (wie z.B. die Diagnose von Zoonosen) an einem Standort wird der optimale Einsatz von Personal und Investitionen für Spezialgeräte ermöglicht, um sparsamer und effizienter arbeiten zu können. Dadurch können trotz knapper werdender Ressourcen auch in Zukunft alle erforderlichen Untersuchungs- und Bewertungsmethoden nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft angeboten werden.

Eine Rahmenvereinbarung zur Ausübung der Fachaufsicht, die für beide Länder durch die Berliner Senatverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg wahrgenommen wird, wurde zwischenzeitlich abgeschlossen.

### **4. Strategie zur Beherrschung der bergbaubedingten Stoffbelastungen (Sulfat und Eisen) in den Fließgewässern Spree, Schwarze Elster und Lausitzer Neiße**

Die punktuellen und diffusen Belastungen der Oberflächengewässer in Folge bergbaulicher Tätigkeiten im Lausitzer Revier stellen langfristige stoffhaushaltliche Prozesse dar. Die Beherrschung dieser Stoffbelastungen erfordert im Hinblick auf die Trinkwasserversorgung, das Ökosystem und andere Nutzungen der Gewässer ein abgestimmtes Handeln der Unternehmen und der zuständigen Behörden. In einem von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, der Vattenfall Europe Mining GmbH, dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Brandenburg und dem Landesumweltamt Brandenburg erarbeiteten Strategiepapier wurden als Handlungsfelder die Vorsorge- und Nachsorgestrategien, die länderübergreifende Zusammenarbeit und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit identifiziert.

### **5. Klimaschutz**

Die Zusammenarbeit der Länder auf dem Gebiet des Klimaschutzes dokumentiert sich durch die regelmäßige Beteiligung des Landes Brandenburg an den Sitzungen des Berliner Klimaschutzrates und des Landes Berlin an Beratungen vergleichbarer Gremien Brandenburgs. Darüber hinaus wird im Rahmen von Forschungsprojekten zu den Folgen des Klimawandels und zur Klimafolgenanpassung kooperiert.

Als niederschlagsarme Region wird die Region Berlin-Brandenburg von den Veränderungen des Klimas deutlich betroffen. Ein neu gegründetes Netzwerk von Mitgliedern aus Wissenschaft und Praxis wird in Berlin und Brandenburg Strategien zur Anpassung an ein wärmeres Klima entwickeln. In 24 Teilprojekten will das „Innovationsnetzwerk Klimaanpassung Brandenburg Berlin“ unter anderem konkrete Vorschläge zum Schutz der Landwirtschaft vor Erosionsschäden durch starke Regenfälle erarbeiten. Weitere Fragestellungen der Untersuchungen beziehen sich auf an den Klimawandel angepasste Sorten sowie - angesichts immer längerer Trockenperioden - die Entwicklung intelligenter Systeme zur Wasserspeicherung. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Gesundheitsfürsorge. Für Herz-Kreislauf-Patienten wird von der Berliner Charité ein System entwickelt, über das sich Betroffene von zu Hause aus über Risiken bei bestimmten Wetterlagen informieren können. Erprobt und bewertet werden die Vorschläge in drei Untersuchungsregionen (Spreewald-Lausitz, Uckermark-Barnim und Berlin).

Mit dem im Februar 2009 gegründeten Verein „Klimaplattform - Forschungsplattform zum Klimawandel“ wurde ein strategisches Netzwerk Brandenburger und Berliner außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und Hochschulen mit dem Ziel gebildet, die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg national und international als eine Modellregion für das wissenschaftliche Verständnis und den Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu etablieren. Im Hinblick auf den Schutz des Klimas, Vermeidungs- und Anpassungsstrategien und die Sicherung der Energieversorgung der Zukunft betreibt die Klimaplattform - unter Einbeziehung der Wirtschaft - eine verstärkte Vernetzung mit weiteren nationalen und internationalen Partnern. Hierdurch werden die Wettbewerbsfähigkeit von Forschung und Technologieentwicklung und die Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Berlin-Brandenburg gesteigert.

## **6. Luftreinhaltung und Lärminderung**

Auf der Grundlage der in den Ländern aufgestellten Luftreinhalte- und Lärmaktionsplänen entsprechend den EU-Richtlinien zur Verbesserung der Luftqualität sowie zum Schutz vor Umgebungslärm wurden und werden verschiedenen Maßnahmen ergriffen, die Umweltbelastung und damit die Gesundheitsbelastung der Bürger zu reduzieren. Insbesondere die Ausweisung der Umweltzone in Berlin hat eine Ausstrahlung über Berlin hinaus. Die Information der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschafts- und Handelsverbände erfolgte daher länderübergreifend.

Die fortbestehende Gefahr der Überschreitung des Luftschadstoffgrenzwertes bei Feinstaub und die Überschreitung des Grenzwertes für Stickoxide erfordern entsprechend den jeweiligen Planungen weiterführende Maßnahmen.

Beide Länder werden sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass über das Konjunkturprogramm II hinaus das Bundes-Förderprogramm zur Sanierung Kommunaler Straßen für die nächsten Jahre fortgeschrieben wird.

## **X. Inneres**

### **1. Verfassungsschutz**

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde die im Jahr 2006 gemeinsam herausgegebene Broschüre 'Kennzeichen und Symbole des Rechtsextremismus' weiterentwickelt. Die Zusammenarbeit zeigte sich ebenso in der gegenseitigen Unterstützung bei öffentlichen Veranstaltungen.

## **2. Gemeinsame Ausbildung für den Polizeivollzugsdienst**

Im Land Berlin sind im April 2009 die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege, zu der auch der Fachbereich Polizeivollzugsdienst gehört, und die Fachhochschule für Wirtschaft zusammengeführt worden; sie bilden seitdem die Hochschule für Wirtschaft und Recht.

Vor dem Hintergrund dieser Neustrukturierung und der zuvor im Oktober 2007 erfolgten Einführung eines Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeivollzugsdienst an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Oranienburg konnten aktuell keine Fortschritte hinsichtlich einer Zusammenführung der Ausbildungs- und Studiengänge für den mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst erreicht werden.

## **XI. Justiz**

### **1. Vereinheitlichung der richterrechtlichen Vorschriften**

Die in den letzten Jahren erfolgte Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte legt auch eine Vereinheitlichung der richterrechtlichen Vorschriften nahe. Entwürfe für sachlich gleichlautende Richtergesetze in beiden Ländern waren bereits Gegenstand einer Anhörung der Präsidentinnen und Präsidenten der Gerichte sowie der Verbände sowohl in Brandenburg als auch in Berlin. Die Gesetzgebungsverfahren sollen im Jahr 2010 abgeschlossen werden.

### **2. Gesetz zur Neuregelung der allgemeinen Beeidigung von Dolmetschern und Ermächtigung von Übersetzern**

Die Tätigkeit der Dolmetscher und Übersetzer hat im Rahmen von Gerichtsverfahren eine große Bedeutung. Die Gewährleistung einer richtigen Sprachmittlung gehört zum verfassungsrechtlichen Gebot des rechtlichen Gehörs. Die Senatsverwaltung für Justiz und das Ministerium der Justiz haben in Berlin und Brandenburg nahezu gleichlautende Anforderungen an die allgemeine Beeidigung der Dolmetscher und Ermächtigung der Übersetzer erarbeitet. Damit wird zugleich die Grundlage für ein Dolmetscher- und Übersetzerverzeichnis in einem bundesweiten Justizportal geschaffen.

Das brandenburgische Gesetz zur Neuregelung der allgemeinen Beeidigung von Dolmetschern und Ermächtigung von Übersetzern ist am 1. September 2009 in Kraft getreten; in Berlin befindet sich der entsprechende Gesetzentwurf noch in der parlamentarischen Beratung.

### **3. Justizvollzug**

Berlin und Brandenburg streben auch weiterhin einheitliche gesetzliche Grundlagen an und haben nach den Jugendstrafvollzugsgesetzen in einer aus elf Ländern bestehenden Arbeitsgruppe einen abgestimmten Gesetzentwurf eines Untersuchungshaftvollzugsgesetzes erarbeitet. Die daraus resultierenden Ländergesetze werden in Berlin und Brandenburg voraussichtlich am 1. Januar 2010 in Kraft treten. Zur weiteren Vereinheitlichung der gesetzlichen Grundlagen werden beide Länder in einer weiteren länderübergreifenden Arbeitsgruppe den Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes erarbeiten.

Zum 1. Januar 2009 ist in beiden Ländern eine in wesentlichen Teilen inhaltsgleiche Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes an Justizvollzugsanstalten in Kraft getreten. Die Ziele und Grundlagen der Ausbildung der Anwärter und Anwärterinnen des allgemeinen Vollzugsdienstes sind damit erstmals für Berlin und Brandenburg gemeinsam und in gleicher Weise definiert.

Berlin und Brandenburg bereiten ferner derzeit einen Staatsvertrag vor, der die Errichtung und den Betrieb der Justizvollzugsanstalt Heidering als Berliner Anstalt im Land Brandenburg ermöglicht und regelt. Ein zwischen den Justizverwaltungen der Länder abgestimmter Vertragsentwurf liegt vor. Die Ratifikation des Staatsvertrages soll im Jahr 2010 erfolgen.

#### **4. Informationstechnologie**

Auch im Bereich der Informationstechnologie gestaltet sich die Zusammenarbeit der Justizverwaltungen fruchtbar. Anfang des Jahres konstituierte sich eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Justiz beider Länder, die den Auftrag erhielt, ein IT-Leitverfahren für die ordentliche Gerichtsbarkeit in Berlin und Brandenburg zu ermitteln, das die bislang unterschiedlichen Verfahren ablösen soll. Die Zielsetzung erschöpft sich aber nicht nur in der Auswahl eines von beiden Ländern einzusetzenden Verfahrens. Auch die Einführung und der Betrieb sollen im größtmöglichen Umfang gemeinsam erfolgen. Die Arbeitsgruppe hat inzwischen das in mehreren Ländern bereits eingesetzte Fachverfahren forumSTAR als geeignet befunden. Derzeit werden die Voraussetzungen für eine gemeinsame Einführung und einen gemeinsamen Betrieb geschaffen.

## **XII. Kultur**

### **1. Stiftung Preußische Schlösser und Gärten**

Im Anschluss an den im Jahr 2007 aufgestellten Masterplan für ein Sonderinvestitionsprogramm für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten haben die Träger der Stiftung (Bund, Berlin und Brandenburg) am 18. August 2009 eine Finanzierungsvereinbarung zum Abbau des Investitionsstaus bei der Bauunterhaltung der Liegenschaften unterzeichnet. Bis 2017 sollen 155 Mio. Euro zur Sanierung u.a. der Schlösser und Gärten Babelsberg und Charlottenburg eingesetzt werden. Berlin beteiligt sich daran mit 24,5 und Brandenburg mit 53 Mio. Euro. Darüber hinaus wurde das Finanzierungsabkommen für die Betriebsausgaben der Stiftung für den Zeitraum 2009-2012 geschlossen.

### **2. Gedenkstätten**

Die Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten haben 2009 ein gemeinsames Internetportal zur NS-Geschichte gestartet, das über die Arbeit der Gedenkstätten, deren pädagogische Angebote und regelmäßig über Veranstaltungen informiert.

Die Berliner NS-Gedenkstätten und die Gedenkstätte Sachsenhausen arbeiten, unterstützt durch eine vom Bund finanzierte gemeinsame Geschäftsstelle, ab 2009 in einer „Ständigen Konferenz der NS-Gedenkstätten im Raum Berlin“ zusammen. Der Vorsitz wechselt jährlich und wird zunächst durch den Leiter des Hauses der Wannseekonferenz wahrgenommen.

Das am 26. Juni 2009 im Haus der Wannseekonferenz stattgefundene 6. „Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung“ der Arbeitskreise der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten, der zeitgeschichtlichen Museen und der Opferverbände stand unter dem Thema „Kooperationsmöglichkeiten von Gedenkstätten und Schulen beim mittleren Schulabschluss (MSA) und der 5. Prüfungskomponente beim Abitur“.

Das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und die Stiftung Berliner Mauer haben im August 2009 ihr vom Bund finanziertes und langjähriges gemeinsames Dokumentationsprojekt „Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989“ vorgestellt. Das biografische Handbuch dokumentiert die Biografien von 136 Todesopfern an der Berliner

Mauer, ihre Hintergründe und Zusammenhänge. Zudem können die Besucher der Gedenkstätte Berliner Mauer die 136 Biografien, ergänzt um zahlreiche Wort-, Bild-, Ton- und Filmdokumente zur juristischen Aufarbeitung über ein interaktives Terminal abrufen. Im Internet sind die biografischen Texte zu den Todesopfern auf der Internetseite [www.chronik-der-mauer.de](http://www.chronik-der-mauer.de) unter der Rubrik „Opfer der Mauer“ abrufbar.

Die Technische Universität Cottbus, das Militärgeschichtliche Forschungsamt, das Institut für Zeitgeschichte und die Stiftung Berliner Mauer stellten in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz im Frühjahr 2009 im Rahmen eines Symposiums in der Akademie der Künste den 1. Band ihres gemeinsamen interdisziplinären Forschungsprojektes zur Geschichte der Berliner Mauer vor.

Im Rahmen der Jahresthemen zum 20. Jahrestag des Mauerfalls 2009 haben Berlin und Brandenburg ihre Projekte miteinander koordiniert und auf den jeweiligen Internetangeboten miteinander verlinkt.